

Titel Echter Spurwechsel statt Beschäftigungsduldung

AntragstellerInnen Brandenburg

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Echter Spurwechsel statt Beschäftigungsduldung

1 Im letzten Jahr hat sich die SPD für die Einführung eines Spurwechsels, d.h. der Möglichkeit, dass Asylbewerber*innen,
2 die bereits gut in den Arbeitsmarkt integriert sind, im Falle eines abgelehnten Asylantrags trotzdem aufgrund ihrer
3 Beschäftigung einen Aufenthaltstitel bekommen können, eingesetzt. Statt dieses Spurwechsels hat die SPD dann aber
4 mit der CDU im gleichen Migrationspaket, in dem auch das sog. "Hau-Ab-Gesetz" beschlossen worden ist, das „Gesetz
5 über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung“ beschlossen. Die Erteilungsvoraussetzungen, die für die darin neu
6 geschaffene Beschäftigungsduldung von CDU und CSU in den Gesetzentwurf hinein verhandelt worden sind, machen
7 den ursprünglichen Wunsch, einen Spurwechsel zu ermöglichen, um zu verhindern, dass gut integrierte und arbei-
8 tende Menschen abgeschoben werden, leider zur Farce. Denn der neu geschaffene § 60d AufhG, der die Beschäf-
9 tigungsduldung nun regelt, sieht u.a. in Abs. 2 vor, dass eine Beschäftigungsduldung nur erhält, wer zuvor bereits
10 12 Monate in Besitz einer „normalen“ Duldung gewesen ist. Der folgende Anwendungshinweis des Bundesinnenmi-
11 nisteriums zum Gesetz bringt ganz klar zum Ausdruck, dass die Einführung dieser Hürde kein Unfall war, sondern
12 genau mit der Intention erfolgte, einen echten Spurwechsel zu verhindern und Abschiebungen vor der Integration
13 in den Arbeitsmarkt den Vorzug einzuräumen: „60d.1.2 Durch die Anforderung des vorangegangenen Besitzes einer
14 Duldung seit mindestens zwölf Monaten in Absatz 1 Nummer 2 wird die Erteilung der Beschäftigungsduldung im
15 direkten Anschluss an einen ablehnenden Asylbescheid ausgeschlossen. Der Zeitraum gibt den Ausländerbehörden
16 die Möglichkeit, aufenthaltsbeendende Maßnahmen durchzuführen. [...]“

17 Abschiebungen sind nicht immer ungerecht oder falsch, doch welchen Sinn macht es, Menschen, die sich hier im
18 Verlauf ihres Asylverfahrens bereits gut integriert haben, in deren Ausbildung die Betriebe bereits viel Geld investiert
19 haben und die nun einer geordneten Arbeit nachgehen, abzuschieben, während man gleichzeitig Fachkräfte aus
20 anderen Ländern anwirbt? Um der Angst der Union, mit einem Spurwechsel, Pull-Effekte zu schaffen, erfolgreich
21 begegnen zu können, hätte eine Stichtagsregelung im Gesetz völlig ausgereicht. Dies war u.a. auch vom Institut für
22 Arbeitsmarkt und Berufsforschung im Anhörungsverfahren im Innenausschuss angemerkt worden. Statt einer klaren
23 Stichtagsregelung eine so lange Phase von einem Jahr in rechtlicher Ungewissheit ins Gesetz einzubauen war dagegen
24 unnötig und dient nur unverhältnismäßiger Schikane.

25 Neben der Voraussetzung, zunächst 12 Monate mit einer „normalen Duldung“ gelebt haben zu müssen, bevor man
26 eine Beschäftigungsduldung erhalten kann, ist auch die Hürde, wonach man 18 Monate einer sozialversicherungs-
27 pflichtigen Beschäftigung von i.d.R. 35 Wochenstunden nachgegangen sein muss, ausgesprochen hoch. Wie auch vom
28 Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung angemerkt, hätte es völlig ausgereicht, eine sozialversicherungspflich-
29 tige Beschäftigung, mit der der Lebensunterhalt allein bestritten wird, zu verlangen und auch die Bundesvereinigung
30 der Deutschen Arbeitgeberverbände hat bereits im Gesetzesverfahren kritisiert, dass die Dauer von 18 Monaten zu
31 lang und nicht praxisgerecht sei.

32 Dass sich die SPD auf die Beschäftigungsduldung, die in der so beschlossenen Form praktisch niemandem nutzt, da
33 kaum jemand die Anforderungen erfüllt und die deshalb eine unbrauchbare gesetzliche Regelung darstellt, eingelas-
34 sen hat, ist umso bitterer, als dass man die Einführung der Beschäftigungsduldung als eigenen Erfolg dargestellt hat
35 und als „Dank“ an CDU und CSU im Gegenzug auch noch Seehofers Geordnete Rückkehr Gesetz mit abgeseget hat.

- 36 Von diesem, von vielen Expert*innen als in Teilen verfassungswidrig angesehenen Gesetz, haben sich die Jusos auf
37 dem letzten Buko durch Antrag M2 bereits eindeutig distanziert.
- 38 Wir fordern nun, dass die SPD auch die Mängel der Beschäftigungsduldung anerkennt und sich für deren möglichst
39 schnelle Abschaffung zugunsten eines echten Spurwechsels einsetzt. Ziel muss es sein, dass gut integrierte Geflüch-
40 tete mit Beschäftigungsverhältnis einen sicheren Aufenthaltsstatus erhalten. Dafür ist die Form einer Duldung über-
41 haupt das falsche rechtliche Institut. Auch von Professor Daniel Thym, der grundsätzlich keinesfalls in Verdacht steht,
42 CDU gemachtes Migrationsrecht stark zu kritisieren, war im Gesetzgebungsverfahren kritisiert worden, dass die Be-
43 schäftigungsduldung, als aufenthaltsrechtlicher Zwitterlösung, die zwar ein bisschen mehr Sicherheit bietet, als eine
44 normale Duldung, aber trotzdem keinen gesicherten Aufenthaltsstatus darstellt, europarechtswidrig sein könnte und
45 dass es deshalb besser wäre, die Beschäftigungsduldung in eine Aufenthaltserlaubnis umzuwandeln.
- 46 Wir fordern eine klare Regelung, dass Menschen, die nach erfolglosem Ende ihres Asylverfahrens bereits so gut in
47 Deutschland integriert sind, dass sie eine Arbeit haben, von der sie sich alleine finanzieren können, direkt eine Auf-
48 enthaltserlaubnis zur Fortführung ihrer Beschäftigung beantragen können und nicht in eine lange Zeit der Ketten-
49 duldungen fallen, in der sie jederzeit abgeschoben werden können. Tatsächlich kommt es noch immer vor, dass eher
50 solche Geduldeten, die einer geregelten Arbeit nachgehen, abgeschoben werden, als solche, die untergetaucht sind,
51 weil man Erstere schlicht einfacher antrifft.
- 52 Die Unsicherheit einer Duldung erschwert die tiefergehende Integration und bedeutet nicht nur für die Betroffenen
53 selbst, sondern auch für die Betriebe, die sie beschäftigen, eine unnötige Unsicherheit. Die Nutzlosigkeit der Beschäf-
54 tigungsduldung ist deshalb insbesondere auch von Arbeitsgeber*innen kritisiert worden.
- 55 Wir fordern, dass Betriebe, die oft vergeblich Fachkräfte suchen und die Asylbewerber*innen einstellen und in deren
56 Zukunft investieren, die Sicherheit haben müssen, dass diese Investition im Falle eines abgelehnten Asylbescheids
57 nicht umsonst war, sondern dass sie davon ausgehen können, diese Menschen auch im Falle von ablehnenden Asyl-
58 bescheiden, dauerhaft weiterbeschäftigen können.
- 59 Die Haltung, dass man Menschen, die bereits hier gut integriert sind und die gerne hier bleiben möchten, zurück in Kri-
60 senregionen wie Afghanistan abschiebt, während man gleichzeitig in anderen Staaten mit staatlichen Agenturen und
61 Steuermitteln Leute nach Deutschland abwirbt, die in den dortigen Wirtschaftssystemen Löcher reißen und fehlen
62 werden, zeugt von einer Doppelmoral und ist nicht länger hinzunehmen. Deshalb muss die Beschäftigungsduldung
63 abgeschafft und stattdessen ein passender, niedrigschwelliger Aufenthaltstitel geschaffen werden, der einen echten
64 Spurwechsel vom Asylverfahren in die Arbeitserlaubnis ermöglicht.